

EUROPÄISCHES PARLAMENT



ARBEITSGRUPPE DES GENERALSEKRETARIATS
TASK-FORCE
"ERWEITERUNG"

DER KOORDINATOR
JF/bo

Luxemburg, 1. Juli 1999

Themenpapier Nr. 5

MALTA UND DIE BEZIEHUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

(3. Überarbeitung)

** Die in diesem Dokument geäußerten Meinungen sind nicht unbedingt identisch mit den Meinungen des Europäischen Parlaments als Institution.*

INTRANET: <http://www.europarl.ep.ec/enlargement>
INTERNET: <http://www.europarl.eu.int/enlargement>
EPADES: [epades\public\elargiss](http://epades/public/elargiss)

PE 167.350/rév.4
Or. EN

Die von der Task-Force „Erweiterung“ des Generalsekretariats des Europäischen Parlaments ausgearbeiteten Themenpapiere sind dazu bestimmt, in knapper und systematischer Form zu erläutern, wie weit die Gespräche über die verschiedenen Aspekte der Erweiterung der Union sowie die diesbezüglich von den Mitgliedstaaten, den beitragswilligen Ländern und den Europäischen Organen vertretenen Positionen gediehen sind. Diese Papiere werden je nach bei den Verhandlungen erzielten Fortschritten aktualisiert. Bereits erschienen sind:

<u>Nummer</u>	<u>Titel</u>	<u>PE Nr.</u>	<u>Datum</u>	<u>Sprachen</u>
	<u>PE Nr.</u>	<u>Datum</u>	<u>Sprachen</u>	
1	Zypern und die Erweiterung der EU	167.284/rev.5	21.10.99	Alle
2	Ungarn und die Erweiterung der EU	167.296/rev.2	01.02.99	Alle
3	Rumänien und die Erweiterung der EU	167.297/rev.2	26.02.99	Alle
4	Die Tschechische Republik und die Erweiterung der EU	167.335/rev.3	18.10.99	Alle
5	Malta und die Erweiterung der EU	167.350/rev.3	01.07.99	Alle
6	Bulgarien und die Erweiterung der EU	167.392/rev.3	11.10.99	Alle
7	Die Türkei und die Erweiterung der EU	167.407/rev.2	17.06.99	Alle
8	Estland und die Erweiterung der EU	167.409/rev.1	08.10.98	Alle
9	Slowenien und die Erweiterung der EU	167.531/rev.1	08.02.99	Alle
10	Lettland und die Erweiterung der EU	167.532/rev.2	27.09.99	Alle
11	Litauen und die Erweiterung der EU	167.533/rev.2	12.01.99	Alle
12	Polen und die Erweiterung der EU	167.587/rev.3	25.10.99	Alle
13	Die Slowakei und die Erweiterung der EU	167.609/rev.2	20.08.99	Alle
14	Rußland und die Erweiterung der EU	167.734/rev.2	25.10.99	Alle
15	Die Erweiterung der EU und ihre institutionellen Aspekte	167.299/rev.1	21.06.99	DE-EN-ES-FR-IT
16	Kontrolle und Schutz der finanziellen Interessen der EU im Hinblick auf die Erweiterung	167.330	09.03.98	DE-EN-ES-FR-IT
17	Die Umweltpolitik und die Erweiterung der EU	167.402	23.03.98	DE-EN-ES-FR-IT
18	Die Europakonferenz und die Erweiterung der EU	167.410	03.04.98	DE-EN-ES-FR-IT
19	Die Haushaltsaspekte der Erweiterung der EU	167.581	12.04.98	DE-EN-ES-FR-IT
20	Die Menschenrechte und die Erweiterung der EU	167.582	01.04.98	DE-EN-ES-FR-IT
21	Die Erweiterung der EU und die wirtschaftliche und soziale Kohäsion	167.584	08.05.98	DE-EN-ES-FR-IT
22	Statistische Anlage über die Erweiterung der EU	167.614/rev.6	13.10.99	EN
23	Die rechtlichen Fragen der Erweiterung der EU	167.617	19.05.98	DE-EN-ES-FR-IT
24	Die Vorbeitragsstrategie für die Erweiterung der EU	167.631	17.06.98	DE-EN-ES-FR-IT
25	Die Zusammenarbeit im Bereich der Justiz und Inneres im Erweiterungsprozeß	167.690/rev.1	30.03.99	DE-EN-ES-FR-IT
26	Die Rechte der Frau und die Erweiterung der EU	167.735	14.07.98	DE-EN-ES-FR-IT
27	Erweiterung und Landwirtschaft	167.741	03.09.98	DE-EN-ES-FR-IT
28	Die Schweiz und die Erweiterung der EU	167.777/rev.1	08.03.99	Alle
29	Die Erweiterung der EU und die Fischerei	167.799	12.10.98	Alle
30	Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Erweiterung der EU	167.822/rev.1	26.07.99	DE-EN-ES-FR-IT

<u>Nummer</u>	<u>Titel</u>	<u>PE Nr.</u>	<u>Datum</u>	<u>Sprachen</u>
	<u>PE Nr.</u>	<u>Datum</u>	<u>Sprachen</u>	
31	Sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen und die Erweiterung der EU	167.877	30.10.98	DE-EN-ES-FR-IT
32	Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) und die Erweiterung der EU	167.887	17.11.98	DE-EN-ES-FR-IT
33	Das PHARE-Programm und die Erweiterung der EU	167.944	04.12.98	DE-EN-ES-FR-IT
34	Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Erweiterung der EU	167.962	04.12.98	DE-EN-ES-FR-IT
35	Die Industriepolitik und die Erweiterung der EU	167.963/rev.1	24.06.99	DE-EN-ES-FR-IT
36	Die Agenda 2000 und der Beitrittsprozeß zur EU	168.008/rev.1	10.06.99	DE-EN-ES-FR-IT
37	Die Erweiterung und die Außenwirtschaftsbeziehungen	168.062/rev.1	08.09.99	DE-EN-ES-FR-IT
38	Die Rolle des Europäischen Parlaments im Erweiterungsprozeß	168.065	27.01.99	DE-EN-ES-FR-IT
39	Die sozialen Aspekte der Erweiterung der EU	168.115/rev.1	01.07.99	DE-EN-ES-FR-IT
40	Nukleare Sicherheit in den beitragswilligen Ländern Mittel- und Osteuropas	168.257	22.03.99	DE-EN-ES-FR-IT
41	Die Erweiterung im Spiegel der öffentlichen Meinung in den EU-Mitgliedstaaten	168.296	22.04.99	DE-EN-ES-FR-IT
42	Die russische Minderheit in den Baltischen Staaten	168.307	03.05.99	DE-EN-ES-FR-IT
43	Die Energiepolitik und die Erweiterung der Gemeinschaft	168.394	10.06.99	DE-EN-ES-FR-IT
44	Verkehrspolitik und die Erweiterung der EU	168.459	28.07.99	DE-EN-ES-FR-IT
45	Die nationalen Parlamente und die Erweiterung der EU	168.571	10.11.99	DE-EN-ES-FR-IT

Um weitere Auskünfte zu erhalten, wenden Sie sich bitte an: Frau E. Deguffroy, Luxemburg, SCH Büro 602, Tel. (352) 4300-22906 / Fax: (352) 4300-29027
 Task Force „Erweiterung“, Brüssel, LEO 06D119, Tel. (32 2) 284 2381 / Fax: (32 2) 284 4984
 Task Force „Erweiterung“, Straßburg, IP2 447, Tel. (33 3) 8817-4408 / Fax: (33 3) 8817-9059

INTRANET: <http://www.europarl.ep.ec/enlargement>

INTERNET: <http://www.europarl.eu.int/enlargement>

EPADES:

epades\public\elargiss

**THEMENPAPIER
ÜBER MALTA
UND DIE BEZIEHUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION**

INHALT

	Seite
EINLEITUNG	7
I. POLITISCHE LAGE	7
1. Allgemeine Wahlen vom 26. Oktober 1996	7
2. Die Partnerschaft Europa-Mittelmeer	9
3. Die vorgezogenen Wahlen vom 5. September 1998: Der Sieg der Nationalistischen Partei.....	9
Ergebnisse	10
II. WIRTSCHAFTLICHE LAGE	10
1. Allgemeines	10
2. Jüngste Entwicklungen.....	11
III. BEZIEHUNGEN ZWISCHEN MALTA UND DER EU	12
1. Die Beziehungen vor Oktober 1996	12
2. Die erste Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsantrag Malta und die Entwicklung der Beziehungen zur Europäischen Union.....	13
3. Die Entwicklung der Lage bis Oktober 1996	13
4. Die Beziehungen zur Europäischen Union seit dem 26. Oktober 1996	14
5. Die Wahlen vom 5. September 1998: Reaktivierung des Beitrittsantrags	14
6. Die Aktualisierung der Stellungnahme der Kommission.....	15
7. Die Heranführungsstrategie.....	15
8. Screening.....	16
9. Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt, 13. Oktober 1999	17
IV. MALTA UND DIE REGIERUNGSKONFERENZ	18
ANLAGEN	

EINLEITUNG

Malta ist das kleinste der Länder, die einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union gestellt haben (371.000 Einwohner, Fläche 316 km²).

Seit der Unabhängigkeit im Jahre 1964 ist die politische Lage der Inselgruppe mit der Hauptstadt Valletta gekennzeichnet durch die Polarisierung zwischen zwei großen Parteien: der Nationalistischen Partei christlich-demokratischer Prägung und der Arbeiterpartei, die beide zusammen fast alle Wählerstimmen auf sich vereinigen und abwechselnd die Regierung gestellt haben.

Zu Beginn des Jahres 1987 wurde das Wahlgesetz durch eine Verfassungsänderung abgeändert. Gleichzeitig erklärte die Republik Malta ihre Neutralität und schloß sich den Reihen der blockfreien Staaten an.

Die nationalistische Regierung stellte im Juni 1990 einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union. Die Kommission gab im Juni 1993 ihre Stellungnahme ab. Der Europäische Rat beschloß im April 1995, daß die Beitrittsverhandlungen mit Malta sechs Monate nach Abschluß der Regierungskonferenz unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Konferenz beginnen sollten.

Die allgemeinen Wahlen vom 26. Oktober 1996, die um ein Jahr vorverlegt wurden, führten nach einer fast zehnjährigen Regierungszeit der Nationalistischen Partei zum Sieg der Arbeiterpartei (MLP). Aufgrund der beträchtlichen Meinungsunterschiede zwischen den beiden größten Parteien zu Fragen der Außenpolitik veränderten diese Ergebnisse den Charakter der Beziehungen zwischen Malta und der Europäischen Union. Die Labour-Regierung setzte den Antrag auf Mitgliedschaft in der EU aus, und ein neuer Rahmen für die Beziehungen zur EU wurde im Februar 1998 ausgearbeitet.

Knapp zwei Jahre nach der Amtseinführung der Labour-Regierung wurden jedoch, insbesondere aufgrund interner Spannungen in der Partei, für den 5. September 1998 vorgezogene Parlamentswahlen statt.

Der Sieg der Nationalistischen Partei hat Malta wieder auf den Weg des Beitritts zur Europäischen Union gebracht, der Beitrittsantrag wurde "reaktiviert" (was in der Geschichte der Erweiterungen der Europäischen Union bisher einmalig ist) (vgl. S. 14-15). Die Kommission mußte die Stellungnahme, die sie im Juni 1993 zum Antrag Maltas abgegeben hatte, aktualisieren. Im Februar 1999 hat sie diese aktualisierte Fassung übermittelt. Das Europäische Parlament wünscht (Bericht B. Malone vom 15.4.1999), daß die Beitrittsverhandlungen noch im Jahre 1999 beginnen.

I. POLITISCHE LAGE

1. Rückblick: Allgemeine Wahlen vom 26. Oktober 1996 und die Regierung von Herrn Sant

Folgende Ergebnisse wurden bei diesen Wahlen erzielt:

Die Arbeiterpartei konnte 50,7% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, die Nationalistische Partei 47,8%. Die restlichen Stimmen (etwa 2%) gingen an andere Parteien. In Mandaten ausgedrückt bedeutet dies, daß die MLP aufgrund einer Verfassungsänderung vier zusätzliche Sitze erhält und somit auf insgesamt 34 Sitze kommt, während die NP 31 Sitze erhält (Zahl der Mandate im Parlament insgesamt: 65).

Dieses Ergebnis war eine ernsthafte Niederlage für die Nationalistische Partei, die von einer Wiederwahl mit noch größerer Mehrheit als 1992 ausgegangen war.

Der Sieg der Arbeiterpartei war darauf zurückzuführen, daß es ihr gelungen war, sich die Verärgerung der Bevölkerung zunutze zu machen, nachdem Anfang 1995 die Mehrwertsteuer zur Angleichung der maltesischen Wirtschaftspolitik an die EU-Vorschriften eingeführt worden war. Die Regierung mußte die Einführung der 15% igen Mehrwertsteuer politisch teuer bezahlen. Die Verluste in der Gunst der Wählerschaft waren nach dieser Kontroverse so groß, daß die Arbeiterpartei versprach, im Falle eines Wahlsiegs die Mehrwertsteuer abzuschaffen und das Beitrittsgesuch Maltas zur EU zurückzuziehen.

Alfred Sant, der als fünfter Ministerpräsident Maltas seit Erlangung der Unabhängigkeit vereidigt wurde, hatte versprochen, eine Labour-Regierung werde Malta eine moderne und transparentere Verwaltung geben, mit den Prioritäten Eindämmung der Inflation, Verbesserung des Bildungswesens und verstärkte Bekämpfung der Korruption. Während der zwei Jahre an der Macht hat die Labour-Regierung eine Reihe von Sparmaßnahmen getroffen, um das öffentliche Defizit zu verringern; einige dieser Maßnahmen (hauptsächlich Steuern) galten indessen als besonders unpopulär, inflationär und ineffizient, denn sie belasteten auch den industriellen Sektor.

Die Lebenshaltungskosten sind ebenfalls gestiegen, weil die Regierung die MwSt. durch ein anderes System indirekter Steuern ersetzt hatte.

Trotz der Bemühungen der Regierung zur Entwicklung des Fremdenverkehrs und einer Förderung der Privatisierungen stagnierte die Volkswirtschaft aufgrund von mangelndem Vertrauen. Die internen Spannungen innerhalb der Labour-Partei hatten das Land unregierbar gemacht.

Durch Abhaltung von vorgezogenen Neuwahlen hoffte Premierminister Sant, eine neue Mehrheit zu gewinnen. Die Meinungsumfragen sahen ihn tatsächlich als Sieger.

- Das erste Wahlversprechen, das die Regierung Sant in die Tat umsetzte, war der Rückzug Maltas aus dem NATO-Programm "Partnerschaft für den Frieden".

Zur Erinnerung

Im April 1996 war Malta die "Partnerschaft für den Frieden" der NATO eingegangen. Dieses Programm war auf Maltas eigenen Bedarf zugeschnitten worden, um den maltesischen Streitkräften entgegenzukommen. Als erster Auslandseinsatz hatte eine Abordnung von 30 maltesischen Soldaten im Juni zusammen mit Soldaten aus sechs anderen Ländern an dem Manöver "Cooperation Determination '96" in Bulgarien teilgenommen.

Die Beteiligung Maltas an der Partnerschaft für den Frieden war mit einer deutlichen Verbesserung der Sicherheit im Mittelmeerraum verbunden. Die geographische Lage der Insel erwies sich als vorteilhaft, weniger wegen ihrer strategischen Bedeutung als Mittelmeerbasis als vielmehr unter dem Aspekt, daß dadurch einem Mißbrauch der Insel durch potentielle Gegner der NATO vorgebeugt wurde. Darüber hinaus war auch das Argument, daß die Beziehungen Maltas zu einigen arabischen Ländern (beispielsweise Libyen) als Pluspunkt zu bewerten seien und daß Malta der NATO als Brücke zur arabischen Welt dienen könne, von der Regierung Fenech-Adami immer wieder hervorgehoben worden.

Dagegen hatte die Arbeiterpartei bereits angekündigt, daß sie im Falle eines Wahlsiegs das Land aus der "Partnerschaft für den Frieden" herausführen werde. Sie ist der Überzeugung, daß die Teilnahme Maltas an der Partnerschaft für den Frieden mit der verfassungsmäßig festgelegten Neutralität und Blockfreiheit des Landes unvereinbar ist.

Malta hat stets ganz besondere Beziehungen zu Libyen unterhalten. Im Rahmen des Gemischten Ausschusses Malta-Libyen werden regelmäßig bilaterale Fragen, beispielsweise Wege zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, erörtert. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die jüngsten Verhandlungen zur Unterzeichnung einer Reihe von Vereinbarungen über Zollverfahren, Post- und Seeverkehr führten, die aufgrund des UN-Embargos für Libyen zum richtigen Zeitpunkt kommen.

Am 31. Mai 1996 erneuerten die Behörden in Valletta und Tripoli ein Abkommen zum Austausch von libyschem Erdöl gegen maltesische Erzeugnisse. Seit Januar 1997 wurde die Schiffsverbindung zwischen beiden Ländern wiederaufgenommen. (Dies ist eine wichtige Verbindung Libyens zur Außenwelt; die von der UNO verhängten Sanktionen, die Malta auch anwendet, verbieten u.a. Flüge von und nach Libyen).

2. Die Partnerschaft Europa-Mittelmeer

Die Konferenz von Barcelona vom 27.-28. November 1995 war ein Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der EU und ihren Mittelmeer-Partnerländern, darunter auch Malta. Auf der Konferenz wurde der Aufbau einer Partnerschaft in folgenden drei Bereichen beschlossen: politische und sicherheitspolitische Beziehungen; wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen; soziale, kulturelle und humanitäre Beziehungen.

Die Politik der Labour-Regierung hatte zu keinen Veränderungen in der Partnerschaft Europa-Mittelmeer geführt.

Am 16. April 1997 fand die zweite Konferenz Europa-Mittelmeer auf Ministerebene in Valletta statt. Aufgrund der Spannungen im Nahen Osten und der Aussetzung des Friedensprozesses konnten sich die 27. Teilnehmer nicht auf eine Schlußerklärung einigen (siehe Vermerk über Folgemaßnahmen von Barcelona).

Durch seinen weiteren Einsatz für die Partnerschaft Europa-Mittelmeer möchte Malta seine Rolle als „Brücke“ zwischen dem Norden und dem Süden des Mittelmeerraums beibehalten. Malta hatte sich im übrigen für eine Teilnahme Libyens an dieser Konferenz ausgesprochen, das weiterhin unter dem internationalen politischen und wirtschaftlichen Boykott leidet.

3. Die vorgezogenen Wahlen vom 5. September 1998: Der Sieg der Nationalistischen Partei

Neben innenpolitischen Problemen, wie z.B. dem Dilemma zwischen der MwSt. und der indirekten Steuer, den öffentlichen Ausgaben, der galoppierenden Inflation, wurden die maltesischen Wähler wieder einmal mit einer grundsätzlichen Frage der Außenpolitik konfrontiert, nämlich den künftigen Beziehungen zur Europäischen Union.

Die Nationalistische Partei hat in ihrem Wahlkampf auf die Vorteile hingewiesen, die Malta aus der Gemeinschaftshilfe ziehen könnte, und vor allem auf die Gefahr, die für Malta bestünde, wenn es außerhalb eines solchen wirtschaftlichen und politischen Blockes bliebe, und hat wahrscheinlich zahlreiche Unentschlossene mobilisiert. Die Wahlbeteiligung war nämlich enorm hoch (95% der Wähler). In seiner Rede zugunsten der "Reaktivierung" des Antrags auf Beitritt zur Europäischen Union hat der Führer der Nationalistischen Partei jedoch darauf hingewiesen, daß im Fall eines Wahlsieges seiner Partei Malta nicht wieder Mitglied der Partnerschaft für den Frieden werden würde; dies habe in der Vergangenheit zu viele Probleme geschaffen, erläuterte er, und es bestehe im Lande kein Konsens zu dieser Frage.

Die Aufgabe der Nationalistischen Regierung wird die Umstrukturierung der Industrie sein, um dem Druck der Konkurrenz in der Europäischen Union standhalten zu können.

Drei Parteien beteiligten sich am Wahlkampf: Die Labour-Partei (87 Kandidaten), die Nationalistische Partei (94 Kandidaten) und die Demokratische Alternative oder das Bündnis für soziale Gerechtigkeit (18 Kandidaten) sowie zwei unabhängige Kandidaten.

Ergebnisse

- Das neue Parlament (65 Mitglieder) umfaßt 35 Mitglieder der Nationalistischen Partei und 30 Mitglieder der Labour-Partei. Die zwei Parteien haben 51 bzw. 47% der Stimmen, die Demokratische Alternative 2% erhalten.

Fenech Adami wurde zum Premierminister ernannt. Er wies darauf hin, daß der deutliche Sieg seiner Partei ihm jetzt ein Mandat gegeben hat, um die Verhandlungen mit der Europäischen Union aufzunehmen.

II. WIRTSCHAFTLICHE LAGE

1. Allgemeines

Ohne einheimische Rohstoffe und mit einem sehr kleinen Binnenmarkt basiert die wirtschaftliche Entwicklung Maltas auf der Förderung arbeitsintensiver, exportorientierter Industriezweige und des Fremdenverkehrs. Dieses Vorgehen stützt sich auf die Existenz von billigen und flexiblen Arbeitskräften. Während der sechziger und siebziger Jahre haben ausländische Firmen, insbesondere aus Westeuropa, arbeitsintensive Industrien, wie z.B. für Bekleidung, in Malta eingeführt. Dieser Prozeß beschleunigte sich Ende der siebziger Jahre zur gleichen Zeit, als das Land einen Fremdenverkehrsboom erlebte, was zu wiederholten Zahlungsbilanzüberschüssen führte.

Die Exporte von Industrieerzeugnissen stiegen von 48,3 Mio. £M im Jahre 1975 auf 147,8 Mio. £M im Jahre 1981 an, das ist ein jährlicher durchschnittlicher Zuwachs von 21,7%. Die Bruttoeinnahmen aus dem Fremdenverkehr stiegen von 28,1 Mio. £M im Jahre 1975 auf 119,9 Mio. £M im Jahre 1980, ein Zuwachs von 33,3% pro Jahr. Die weltweite Rezession Anfang der achtziger Jahre führte zu einem Rückgang der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr und der Exporte. Die Industrieproduktion hatte sich bis 1984 wieder erholt und wuchs von 1985 bis 1994 mit einem jährlichen Durchschnittswert von 14,3%. Der Fremdenverkehr erholte sich 1985 wieder, und die Bruttoeinnahmen aus dem Fremdenverkehr stiegen zwischen 1985 und 1994 um durchschnittlich 16,2% pro Jahr. Allerdings schlugen sich schwierige wirtschaftliche Bedingungen in Westeuropa 1995 in einem 5,1%igen Rückgang der Fremdenstatistiken nieder, und 1996 sollen die Zahlen erneut zurückgegangen sein.

1988 führte die Regierung ein neues Paket von Anreizen ein, um ausländische Direktinvestitionen anzulocken, und erließ Rechtsvorschriften, die die Gründung of Offshore-Unternehmen und Trusts in Malta ermöglichen. Die Gesamtanzahl der allgemeinen Handels- und Dienstleistungs-Offshore-Gesellschaften, die derzeit beim Malta Financial Services Centre (MFSC) registriert sind, beläuft sich auf 1.442. Das MFSC ist die einzige Regulierungsbehörde für Finanzdienstleistungen.

Die Wirtschaft weist seit Mitte der achtziger Jahre ein starkes Wachstum auf. Dieser Trend dauerte 1995 an, als das reale BIP um schätzungsweise 9% wuchs. Der relative Rückgang der Industrieproduktion dauert an. Sein Anteil am BIP belief sich 1980 auf 33%, 1985 auf 29,4% und 1994 auf 23,4%. Dagegen hat der Dienstleistungssektor in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

Als der damalige Finanzminister 1993 Haushaltspläne vorlegte, prognostizierte er eine Inflationsrate von 2 bis 3% pro Jahr während der nächsten fünf Jahre. Indem er betonte, daß die Preise nicht ausschließlich den Kräften des Marktes überlassen werden dürften, kündigte er an, daß die Regierung die Preiskontrollen abschaffen und die Freihandelsgesetze verstärken wolle. Die jährliche Inflationsrate belief sich 1993 bis 1995 auf durchschnittlich 4,1%. Nach einer deutlichen Verschlechterung zwischen 1980 und 1983 erholten sich die Exporte von Waren und Dienstleistungen wieder, überschritten 1986 ihren Stand von 1980 und sind seitdem angewachsen. Maschinen und Fahrzeuge machen über die Hälfte der Gesamtexporte aus. Die Importe stagnierten Anfang der achtziger Jahre, sind aber in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts stark angewachsen.

Die Rezession der frühen achtziger Jahre führte zu einem starken Rückgang des privaten Verbrauchs, der zwischen 1980 und 1983 um 11,3% real zurückging. Allerdings ist der private Verbrauch seit Mitte der achtziger Jahre beträchtlich angestiegen, was teilweise auf die Liberalisierungspolitiken der NP-Regierung zurückzuführen ist. Die jährliche Wachstumsrate der Verbraucherausgaben, ausgedrückt in ständigen Preisen von 1973, belief sich 1991 bis 1995 auf durchschnittlich 5%.

2. Jüngste Entwicklungen

Das wirtschaftliche Wachstum wurde im Jahre 1996 auf real 4,2% geschätzt, ein deutlicher Rückgang gegenüber 9% im Jahre 1995, obwohl dieses Wachstum von 1995 teilweise auf die Einführung der MwSt. zurückzuführen war, die eine bedeutende, zuvor nicht erfaßte Aktivität zutage förderte. Die Verlangsamung des Wachstums im Jahre 1996 war auch teilweise auf einen Rückgang des Inlandskonsums zurückzuführen. Nach Angaben der Zentralbank von Malta (CBM) dauerte dieser Trend im ersten Quartal des Jahres 1997 an.

Die Zentralbank hat darauf hingewiesen, daß der Rückgang der Inlandsnachfrage auf einen 0,3%igen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einen Anstieg der Inflationsrate zurückzuführen sein könnte, wovon letzterer hauptsächlich auf neue, im Januar 1997 eingeführte indirekte Steuern zurückzuführen war (insgesamt 33 neue Steuern wurden von der Labour-Regierung eingeführt), vgl. S. 6.

Nach Angaben des Zentralen Statistischen Amtes war die Anzahl der ins Land einreisenden Touristen in der ersten Jahreshälfte 1997 um 5,5% auf 492.680 angestiegen. Die MLP-Regierung hat eine große Kampagne eingeleitet, um mehr Touristen ins Land zu holen und die Fremdenverkehrseinrichtungen zu verbessern, nachdem dieser Sektor in den vergangenen zwei Jahren einen Rückgang zu verzeichnen hatte. Es wurde ein Minister ernannt, um diese Anstrengungen zu überwachen, und Ende Juli wurde in einer Gesetzesvorlage der Regierung vorgeschlagen, eine neue Behörde zur Durchsetzung von Industrienormen einzurichten.

Die nationale Fremdenverkehrsorganisation meldete einen beträchtlichen Anstieg der Anzahl russischer Touristen, sie schätzt diese auf rd. 18.000 für das Jahr 1997, gegenüber nur 10.000 im Jahre 1996.

Die Anzahl der Touristen aus Deutschland, dem zweitgrößten Wirtschaftspartner Maltas, ist Berichten zufolge zurückgegangen, doch die Anzahl der Touristen aus dem Vereinigten Königreich, dem wichtigsten Markt, bleibt stabil. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr machen mehr als ein Viertel der Deviseneinnahmen aus.

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahr 1997 belief sich auf 5%. Dieser Anstieg der Arbeitslosigkeit um 1% gegenüber 1996 ist hauptsächlich eine Folge des Rückgangs der Gesamtbeschäftigung sowie eines geringen Anstiegs der Anzahl der Arbeitskräfte.

Die Inflation betrug 1997 3,1%.

Am 1.1.1999 wurde die Mehrwertsteuer wieder eingeführt.

In der aktualisierten Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsantrag von Malta (KOM(1999) 69 endg.) wird darauf hingewiesen, daß Malta über eine gesunde Marktwirtschaft verfügt. Trotz seiner beträchtlichen handelspolitischen Integration in der Europäischen Union ist die Fähigkeit Maltas, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Union standzuhalten, weiterhin eine Herausforderung. Einige wirtschaftliche Reformen, die Bestandteil des 1994 zwischen Malta und der Kommission vereinbarten Programms waren, müssen unverzüglich in die Wege geleitet werden.

III. BEZIEHUNGEN ZWISCHEN MALTA UND DER EU

1. Die Beziehungen vor Oktober 1996

Am 5. Dezember 1970 unterzeichneten Malta und die Gemeinschaft ein Assoziierungsabkommen, das am 1. April 1971 in Kraft trat.

Das Abkommen sah die Schaffung einer Zollunion in zwei Phasen von je 5 Jahren vor. Dies bedeutete, daß alle Handelshemmnisse zwischen den beiden Partnern hätten beseitigt werden und Malta den gemeinschaftlichen Zolltarif hätte übernehmen müssen.

Da aber im Juni 1971 die Arbeiterpartei wieder an die Macht kam, wurde die zweite Phase niemals eingeleitet. Lediglich die Bestimmungen aus den Anfangsjahren der Assoziierung wurden umgesetzt; nach 1977 wurde ordnungsgemäß daran angeknüpft.

Nach ihrem Wahlsieg von 1987 war die Nationalistische Partei allerdings nicht bereit, lediglich den im Abkommen von 1970 vorgesehenen Prozeß, d.h. die Schaffung einer Zollunion, wieder in Gang zu setzen; sie hielt es vielmehr nach dieser langen Ruhepause für angebracht, den Beitritt zur Gemeinschaft unmittelbar ins Auge zu fassen.

2. Die erste Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsgesuch Maltas (30.6.1993) und die Entwicklung der Beziehungen zur Europäischen Union

Wesentliche Bestandteile der Stellungnahme

Der demokratische Status des Landes und die Achtung der Menschenrechte zeigen, daß Malta in der Tat dazu berufen ist, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Diese Berufung muß allerdings noch von der Gemeinschaft bestätigt werden.

Dazu muß sich die Gemeinschaft vergewissern, daß der Aufnahmeantrag Maltas alle Voraussetzungen für einen positiven Ausgang der Beitrittsverhandlungen erfüllt, um eine tatsächliche Integration in die Gemeinschaft und in die Europäische Union zu gewährleisten.

Die Stellungnahme der Kommission enthält eine Reihe von Diagnosen, Forderungen und Vorschlägen zu den heikelsten Fragen im Zusammenhang mit dem Beitrittsgesuch Maltas: die erforderliche Reform des rechtlichen Rahmens der Wirtschaft, das Problem der Unvereinbarkeit der Neutralität und der Blockfreiheit des Landes mit den Bestimmungen des Vertrags von Maastricht und das Problem der angemessenen Beteiligung Maltas an den europäischen Institutionen.

Nach Ansicht der Kommission würde die Ankündigung, daß die Gemeinschaft bereit ist, die Beitrittsverhandlungen mit Malta aufzunehmen, sobald die Lage es erlaubt, ein positives Signal darstellen und die maltesische Öffentlichkeit hinlänglich für die Reformen mobilisieren.

3. Die Entwicklung der Lage bis Oktober 1996

Im Juni 1994 begrüßte der Europäische Rat auf dem Gipfeltreffen von Korfu die beträchtlichen Fortschritte in bezug auf das Beitrittsgesuch Maltas und war der Ansicht, daß eine entscheidende Phase des Vorbereitungsprozesses als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Am 6. März 1995 prüfte der Ministerrat die Frage des Beitritts Maltas erneut und beschloß am 10. April 1995, daß die Beitrittsverhandlungen auf der Grundlage der Vorschläge der Kommission sechs Monate nach Abschluß der Regierungskonferenz 1996 und unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Konferenz beginnen werden.

Am 12. Juni 1995 fand die achte Tagung des Assoziationsrates EG-Malta statt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Einrichtung eines strukturierten Dialogs zwischen der Europäischen Union und Malta beschlossen, der unter anderem in der Teilnahme von Ministerpräsident Adami und Außenminister De Marco am europäischen Gipfel von Cannes seinen konkreten Ausdruck fand.

Die im Juli 1995 festgelegten Modalitäten dieses Dialogs sollten eine Reihe von Begegnungen auf Ministerebene oder anderen Ebenen umfassen und sich auf folgende Bereiche erstrecken: GASP (auch Menschenrechte, Sicherheit, OSZE, Terrorismus, UNO, Annäherung Maltas an die Erklärungen der Union, regelmäßige Kontakte zwischen der Europäischen Union und den diplomatischen Vertretungen Maltas in Drittländern, Mittelmeerfragen usw.), Justiz und Inneres sowie Themen von gemeinsamem Interesse wie Umwelt, Fremdenverkehr und Seerechtsangelegenheiten.

Die spezifische Strategie zur Vorbereitung des Beitritts sollte ferner die Fortsetzung der Bemühungen umfassen, um die maltesische Verwaltung mit dem Gemeinschaftsstandard vertraut zu machen; die Prüfung der Möglichkeiten einer Ausweitung der transeuropäischen Netze in den Bereichen Seeverkehr und Telekommunikation auf Malta sowie die Beteiligung an Programmen der Gemeinschaft wie etwa Media II, Leonardo, Socrates, Ariane, Raphael usw.

Am 12. Juli 1995 nahm das Europäische Parlament mit großer Mehrheit eine EntschlieÙung zum Beitritt Maltas zur Union an.

Viertes Finanzprotokoll zwischen der EG und Malta

Am 13. Juni 1994 nahmen die Außenminister der Union die Verhandlungsrichtlinien für das vierte Finanzprotokoll an. Damit wurden für Malta nicht rückzahlbare Hilfen bereitgestellt, die dazu dienen, die technische Hilfe und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu finanzieren, den wirtschaftlichen Übergang zu erleichtern und das Land dabei zu unterstützen, sich auf die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes vorzubereiten.

Das vierte Protokoll trat am 1. Januar 1996 in Kraft. Es beläuft sich auf 45 Mio ECU.

Die Geltungsdauer des Protokolls wurde bis Dezember 1999 verlängert.

4. Beziehungen zur Europäischen Union seit dem 26. Oktober 1996: Aussetzen des Beitrittsantrags

Die Haltung der maltesischen Arbeiterpartei hatte auf bestmöglichen Beziehungen zur Europäischen Union und einer Freihandelszone mit der Union beruht, die nach und nach aufgebaut werden sollte, um in- und ausländischen Unternehmen ein gleichberechtigtes Betätigungsfeld zu eröffnen.

Nach seiner Wahl hatte Herr Sant vor der Presse erklärt, seine Regierung werde das Beitrittsgesuch Maltas zur Europäischen Union zurückziehen. Ihm war an einer besonderen Beziehung seines Landes zur Europäischen Union gelegen, er wollte jedoch nicht, daß das Land Mitglied der Europäischen Union wird.

Ergebnisse

Während der Regierung Sant befand sich Malta daher nicht mehr in einer Art "Vorbeitrittsbeziehung" zur Europäischen Union.

Angesichts der maltesischen Vorschläge, die der Kommission im Februar 1997 unterbreitet wurden, hat die Kommission jedoch einen neuen Rahmen für die Beziehungen ausgearbeitet, der den Abschluß eines Freihandelsabkommens mit Malta beinhaltet. Ferner unterbreitete die Kommission Vorschläge für eine Zusammenarbeit in einer breiten Skala von Bereichen.

5. Die Wahlen vom 5. September 1998: Reaktivierung des Beitrittsantrags

Seit seiner Benennung hat sich Premierminister Fenech Adami für die Reaktivierung des Beitrittsantrags Maltas zur Europäischen Union eingesetzt. Laut der maltesischen Regierung sind die Beschlüsse des Europäischen Rates von Cannes, von Madrid und von Florenz immer noch verbindlich, denen zufolge die Beitrittsverhandlungen sechs Monate nach der Regierungskonferenz 1996 beginnen sollten.

Am 8. Oktober 1998 forderte das Europäische Parlament in einer Entschließung den Rat und die Kommission auf, "den baldestmöglichen Beitritt Maltas unter uneingeschränkter Wahrung der vertraglichen Bestimmungen und Verfahren zu unterstützen" und ersuchte den Rat, "Malta baldmöglichst als Mitglied der Europa-Konferenz aufzunehmen".

Der Europäische Rat von Wien (11.-12. Dezember 1998) begrüßte die Entscheidung Maltas, seinen Beitrittsantrag zur Europäischen Union zu reaktivieren und nahm die Absicht der Kommission zur Kenntnis, zu Beginn des darauffolgenden Jahres eine aktualisierte Fassung seiner zustimmenden Stellungnahme aus dem Jahr 1993 vorzulegen.

Die maltesische Regierung hat sich ihrerseits dazu verpflichtet, ein Referendum über das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen abzuhalten.

6. Die Aktualisierung der Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsantrag von Malta (KOM(1999) 69 endg.)

Die aktualisierte Fassung der Stellungnahme von 1993 wurde von der Kommission aufgrund der Aufforderung des Rates vom 5. Oktober 1998 erstellt. Sie wurde am 17. Februar 1999 vorgelegt. Die neue Stellungnahme der Kommission basiert auf der Entwicklung der Situation in Malta seit 1993; einige Bereiche, wie Justiz und innere Angelegenheiten, die in der Stellungnahme von 1993 nicht enthalten waren, wurden hinzugefügt.

Der Bericht bestätigt hinsichtlich der Beitrittsfähigkeit die Schlußfolgerungen des Berichts von 1993. Der Bericht analysiert ferner den Stand der Übernahme der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften und die Fortschritte bei der Angleichung an den Acquis seit der Stellungnahme. Aus dieser Analyse geht hervor, daß seit 1993 nur begrenzte und uneinheitliche Anstrengungen zur Angleichung der maltesischen Rechtsvorschriften unternommen wurden, insbesondere im Binnenmarktbereich.

Infolge der zweijährigen Unterbrechung der Beitrittsvorbereitungen haben sich die Behörden weniger mit dem Acquis auseinandergesetzt, wissen sie weniger über dessen weitere Entwicklung und haben sie weniger unternommen, um die Lücke zwischen maltesischen Rechtsvorschriften und dem Acquis zu schließen.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

Der Gemischte Parlamentarische Ausschuß EU-Malta des EP trat am 17. Februar 1999 in Malta zusammen (11. Treffen). Die Mitglieder der beiden Delegationen äußerten den Wunsch, daß sich Malta so rasch wie möglich mit den Beitrittsländern der ersten Phase vereinigt.

In seinem am 15.04.1999 angenommenen Bericht (B. Malone) über die genannte Stellungnahme der Kommission ersuchte das Europäische Parlament den Rat und die Mitgliedstaaten, der Empfehlung der Kommission zu folgen, um es Malta zu ermöglichen, zu den Ländern zu gehören, mit denen derzeit die Beitrittsverhandlungen in Gang sind.

7. Heranführungsstrategie

Am 22. März ersuchte der Rat die Kommission, eine **Heranführungsstrategie** für Malta vorzubereiten, und er ermächtigte sie, mit dem „Screening“ einiger Kapitel des gemeinschaftlichen Acquis (audiovisueller Bereich, Kultur, GASP, KMU) zu beginnen. Zudem ist Malta an einigen multilateralen „Screenings“ beteiligt. Malta wurde aufgefordert, sein nationales Programm für die Übernahme des Acquis vorzulegen.

8. Screening

Nach dem Beschluß des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ vom März 1999 soll mit dem Screening so bald wie möglich begonnen werden. Die Kommission hat im Mai 1999 die Überprüfung von neun Kapiteln für Malta begonnen. Malta wurde ferner aufgefordert, das Nationale Programm für die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes zu definieren, das sich momentan in Vorberietung befindet. Die Kommission wurde außerdem angehalten, eine besondere Heranführungsstrategie für Malta in Form einer Beitrittspartnerschaft festzulegen.

Im Juni begrüßte es der Europäische Rat in Köln, „daß aufgrund der aktualisierten Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsantrag Maltas inzwischen die analytische Prüfung des Besitzstandes der Union mit Malta aufgekommen werden kann.“

Der Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ vom Juni 1999 kam überein, den multilateralen Dialog mit den MOEL und Zypern auf Malta auszudehnen. In seinen Schlußfolgerungen stellt er fest, daß „ein verstärkter Dialog mit Malta über Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ... für beide Seiten von Nutzen sein und es Malta ermöglichen wird, sich mit den Rechtsakten im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vertraut zu machen“.

Auf dem Europäischen Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 beschloß der Europäische Rat auch im Lichte des Berichts der Kommission, Rumänien, die Slowakei, Lettland, Litauen, Bulgarien und Malta aufzufordern, sich den schon seit März 1999 laufenden Verhandlungen mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Estland, Slowenien und Zypern anzuschließen. Zu diesem Zweck beschloß der Rat, im Februar 2000 bilaterale Regierungskonferenzen zur Aufnahme von Verhandlungen einzuberufen.

Der Europäische Rat beschloß, daß alle beitriftswilligen Länder unter gleichen Bedingungen am Beitrittsprozeß teilhaben werden, und daß gemäß dem neuen Grundsatz der „Differenzierung“ im Laufe der Verhandlungen jedes Land für sich genommen nach seinen Verdiensten beurteilt wird. Folglich werden die Verhandlungen über die verschiedenen Kapitel erst dann eröffnet oder abgeschlossen, wenn jeder Beitrittskandidat hinreichende Fortschritte bei der Übernahme des Besitzstandes in dem Bereich gemacht hat, der überprüft wird.

Dieser neuartige Ansatz schafft einen vollkommen flexiblen und beschleunigten Beitrittsprozeß, der es den Beitrittskandidaten ermöglicht, die Länder der „ersten Gruppe“ einzuholen, wenn sie hinreichende Fortschritte erzielt haben.

Am 15. Februar 2000 eröffnete die EU im Rahmen von Regierungskonferenzen einzeln und nacheinander mit Malta, Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen und Bulgarien, also der sogenannten „Helsinki-Gruppe“, die Verhandlungen.

Am 8. März übermittelte die Kommission dem Rat eine Liste der Kapitel, über die ihrer Meinung nach mit den sechs neuen Beitrittskandidaten schon verhandelt werden kann. Nach Auffassung der Kommission könnten schon von Beginn an mindestens zehn Kapitel mit den entsprechenden Ländern behandelt werden.

Die eigentlichen Beitrittsverhandlungen werden am 28. März beginnen. Dann wird die EU den beitriftswilligen Ländern diejenigen Kapitel des gemeinschaftlichen Besitzstandes mitteilen, für die die Verhandlungen noch in diesen sechs Monaten aufgenommen werden können.

Anläßlich der Einleitung der Verhandlungen wies Joseph Borg, Außenminister Maltas, darauf hin, daß die Verhandlungen einen „historischen Tag“ für sein Land darstellten, und daß die Regierung alles daran setzen werden, um zu erreichen, daß Malta die Länder der „Luxemburg-Gruppe“ einholt, also zu der ersten Beitrittswelle dazugehört. Nach Angaben des Außenministers hätten interne politische Umschwünge den Beitrittsprozeß verzögert (Malta reichte 1990 sein Beitrittsgesuch ein, als aber 1995 die Sozialdemokraten an die Macht kamen, wurde das Beitrittsgesuch ausgesetzt, bis letztendlich 1997 die Christdemokraten die Macht wieder übernahmen). Allerdings habe Malta dadurch zehn Jahre Zeit gehabt, um die Einleitung der Verhandlungen vorzubereiten. Daher sei Malta in vielen Bereichen auf den Beitritt vorbereitet, und nur einige „weniger gravierende Probleme“ in verschiedenen Bereichen wie beispielsweise Landwirtschaft, Verkehr und Umwelt machten Übergangsfristen oder Ausnahmeregelungen für einen begrenzten Zeitraum erforderlich.

Herr Borg wies darauf hin, daß Malta bereit sei, über acht oder neun Kapitel von Anfang an auf dem Treffen vom 28. März zu verhandeln, und daß die Gespräche mit Malta über alle 31 Kapitel Ende 2001 abgeschlossen werden könnten (vgl. Agence Europe, 16.02.2000).

Finanzhilfe

Im Februar hat das Europäische Parlament den Bericht Brok über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Durchführung der Maßnahmen im Rahmen der Heranführungsstrategie für Zypern und Malta angenommen. Bis 2004 sind 95 Millionen Euro als Finanzhilfe vorgesehen, das EP ist jedoch der Auffassung, daß dieser Betrag nicht ausreicht.

9. Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt, 13. Oktober 1999

Seit der Erneuerung des Beitrittsgesuchs Maltas im Februar 1999 hat die Kommission ihren vorherigen Bericht über die Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt aktualisiert. Im Oktober wurde in einer weiteren aktualisierten Fassung festgestellt, daß Malta die politischen Kriterien von Kopenhagen betreffend die Demokratie, den Rechtsstaat und die Menschenrechte erfüllt. Was die Wirtschaft angeht, sei Malta eine funktionierende Marktwirtschaft und in der Lage, dem Wettbewerbsdruck standzuhalten und mit den Marktkräften innerhalb der Union umzugehen, sofern es die entsprechenden Maßnahmen treffe. Seit dem letzten Bericht im Februar 1999 seien jedoch nur geringfügige zusätzliche Fortschritte im Bereich des Binnenmarktes erzielt worden. Folglich sollte Malta dringend ein Programm für eine Anpassung in diesem Bereich verabschieden.

Die noch bestehende Erhebung von Zöllen auf Einfuhren aus der EU sei eine Anomalie und müßte unverzüglich abgeschafft werden. Der Staat spiele weiterhin eine große Rolle in der Landwirtschaft, und es seien nur geringfügige Fortschritte hinsichtlich der Vorbereitung dieses Sektors auf die Gemeinsame Agrarpolitik erzielt worden. Im Verkehrssektor sei eine größere Anpassung vonnöten, insbesondere hinsichtlich der Sicherheit auf See und der Verminderung der Umweltverschmutzung. Malta müsse eine Umweltpolitik anwenden und seine Fähigkeit zur Umsetzung dieser Politik verbessern. Im Bereich Justiz und Inneres sollte Malta ein Asylgesetz verabschieden. Es sei erforderlich, Maltas Kapazitäten in Bereichen wie Überwachung und Regelung der Einwanderung und Bekämpfung von Drogen und organisiertem Verbrechen zu stärken. Ferner sei es notwendig, die Anpassungsmaßnahmen betreffend das geistige Eigentum und den Datenschutz zu beschleunigen.

Auf der Grundlage dieses Berichts hat die Kommission die Beitrittspartnerschaft entworfen. Im Rahmen der Beitrittspartnerschaft werden zwei Hauptziele verfolgt: „kurzfristige“ Ziele (die im Laufe des Jahres erreicht werden sollen) und „mittelfristige“ Ziele. Die Prioritäten liegen in den Bereichen Wirtschaft, Binnenmarkt, Landwirtschaft, Umwelt, Verkehr, Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Justiz und Inneres.

IV. MALTA UND DIE REGIERUNGSKONFERENZ

Die zwölf Beitrittskandidaten, die die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union schon aufgenommen haben, haben den portugiesischen Ratsvorsitz über ihren jeweiligen Standpunkt hinsichtlich der Regierungskonferenz über die institutionelle Reform der EU in Kenntnis gesetzt. Sie:

- sprechen sich für einen schnellen Abschluß der Regierungskonferenz aus, z.B. noch Ende dieses Jahres, um eine Verzögerung des Erweiterungsprozesses zu vermeiden. Aus diesem Grund sind sie fast alle der Auffassung, daß die Agenda der Regierungskonferenz auf die in Amsterdam nicht behandelten Themen (die Größe und Zusammensetzung der Kommission, Stimmwägung im Rat, Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit) beschränkt werden sollte;
- wünschen, daß in Zukunft jeder Mitgliedstaat das Recht hat, ein Kommissionsmitglied zu benennen;
- erkennen die Notwendigkeit an, die Stimmen im Rat zwischen den Mitgliedstaaten neu zu verteilen, unterstreichen jedoch die Bedeutung, ein Gleichgewicht zwischen den „großen“ und „kleinen“ Ländern beizubehalten und weisen darauf hin, daß die „kleinen“ Mitgliedstaaten geschützt werden müßten (zu denen alle Beitrittskandidaten zählen, Polen und Ungarn ausgenommen),
- sprechen sich für die Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit aus, außer bei konstitutionellen Themen und einigen noch zu bestimmenden Ausnahmen;
- möchten im Laufe der Verhandlungen ständig unterrichtet und eng eingebunden werden.

* * *

*Zwecks weiterer Informationen wenden Sie sich bitte an:
Martine CHARRIOT, Europäisches Parlament, GD IV, Luxemburg
Abteilung Politische und institutionelle Angelegenheiten
Tel.: (352) 4300 2 2908 / Fax (352) 4300 2 7722 e-mail: mcharriot(a)europarl.eu.int*

ANLAGE I

Ergebnisse der Wahlen vom 22. Februar 1992				Ergebnisse der Wahlen vom 27. Oktober 1996			
Parteien	Stimmen	%	Sitze	Parteien	Stimmen	%	Sitze
Nationalistische Partei	127.932	51,77	34	Nationalistische Partei	124.864	47,8	31
Labour Party	114.911	46,50	31	Labour Party	132.497	50,7	34
Alternative Demokratie	4.186		1,69	Alternative Demokratie	3.820		1,46
Unabhängige Kandidaten	110		0,04	Sonstige	43		0,04
INSGESAMT	247.139	100	65	INSGESAMT	261.224	100	65

Ergebnisse der Wahlen vom 5. September 1998			
Parteien	Stimmen	%	Sitze
Nationalistische Partei	137.037	51,81	35
Labour Party	124.220	46,97	30
Allianz für soziale Gerechtigkeit	3.208		1,21
Unabhängige	27		0,01
INSGESAMT	264.492	100	65

VERZEICHNIS DER REGIERUNG

Premierminister	Dr. Eddie Fenech Adami
Stellvertretender Premierminister und Außenminister, Beziehungen zur Europäischen Union	Prof. Guido de Marco
Minister für Sozialpolitik, Präsident des Abgeordnetenhauses	Dr. Lawrence Gonzi
Bildungsminister	Dr. Louis Galea
Finanzminister	Herr John Dalli
Umweltminister	Herr Francis Zammit Dimech
Fremdenverkehrsminister	Herr Michael Refalo
Minister für Verkehr und Kommunikation	Herr Censu Galea
Wirtschaftsminister	Prof. Josef Bonnici
Innenminister	Herr Tonio Borg
Minister für Landwirtschaft und Fischerei	Herr Ninu Zammit
Gesundheitsminister	Dr. Louis Deguara
Ministerin für Gozo	Frau Giovanna Debono